

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Kulturausschusses am 13.11.2024
(11. Wahlperiode)

T a g e s o r d n u n g

Seite

| | |
|--|----|
| Öffentliche Sitzung..... | 5 |
| 1 Einwohnerfragestunde | 5 |
| 2 Vorstellung Michael Strube FB4 - AL Bauordnung..... | 5 |
| 3 Stand Brüll-Houfer-Stiftung Vorlage: FB3/0015/2024..... | 5 |
| 4 Ständiger Tagesordnungspunkt Haus Meer..... | 8 |
| 5 Verschiedenes aus der Denkmalpflege - ständiger TOP - | 9 |
| 6 Förderung kleinerer privater Denkmal Pflegemaßnahmen im Haushaltsjahr 2024 Vorlage: FB4/0056/2024 | 11 |
| 7 Eintragung eines Baudenkmals - 'Edelstahl- Werk Gebr. Böhler Co. AG' in Meerbusch- Büderich, Ergänzung durch Denkmalbereichs- oder Erhaltungssatzung - mündlicher Sachstandsbericht..... | 11 |
| 8 Haushaltsberatung 2025 | 12 |
| 8.1 Konsolidierungsliste..... | 14 |
| 8.2 Anträge der Fraktionen | 14 |
| 9 Anfragen | 14 |
| 9.1 Anfrage Grün-alternativ Gebührenermäßigung und Kennzahlen Musikschule Vorlage: FB3/0235/2024 | 14 |
| 9.2 Anfrage Grün-alternativ Brüll-Mühle Vorlage: FB3/0237/2024..... | 14 |
| 10 Anträge..... | 15 |
| 10.1 Antrag Grün-alternativ Brüll-Mühle - Mögliche Planungen und Beratung zum Sachstand Vorlage: FB3/0556/2024 | 15 |
| 11 Bericht der Verwaltung | 15 |
| 12 Termin der nächsten Sitzung: 5. März 2025..... | 15 |
| 13 Verschiedenes | 16 |

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Radmacher Sachkundiger Bürger

Herr Wolfgang Schwenzer Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Birte Wienands

Herr Gerd van Vreden Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Kirsten Danes Ratsmitglied

Herr Karl Trautmann Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Ulrike Boldt Ratsmitglied

Herr Dario Dammer Ratsmitglied

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Norbert Stirken Sachkundiger Bürger

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Dieter Schmoll Sachkundiger Bürger

von der Fraktion Die Fraktion

Frau Jascha Küppers Sachkundige Bürgerin

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker Dezernent

Herr Andreas Apsel Erster und Technischer Beigeordneter

Frau Stephanie Beschle Untere Denkmalbehörde FB4

Herr Alexander Bolten Service Finanzen

Herr Christian Bommers Bürgermeister

Herr Tim Jansen Fachbereichsleiter FB 3

Herr Michael Krones Fachbereich 3

Herr Matthias Schneiders Fachbereich 4

Gäste

-
Schriftführer

Herr Alexander Ruth

Fachbereich 3 / VHS

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Birte Wienands

Sachkundige Bürgerin

von der Verwaltung

Frau Isabel Briese

Fachbereichsleiterin FB 4

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt die Vorsitzende Ratsfrau Dr. Schomberg die form- und fristgerechte Einladung fest und weist darauf hin, dass TOP 8 (Stand Brüll-Houfer-Stiftung) und TOP 3 (Haushaltberatung 2025) getauscht wurden.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es meldet sich ein Einwohner und stellt mehrere Fragen:

1. Ob das Gutachten des Ingenieurbüros zu Haus Meer bereits vorliege?
2. Wenn ja, fragt er nach dem Inhalt und was die Stadt getan habe, um die Aussagen des Gutachtens umzusetzen?
3. Wenn nein, fragt er nach dem Warum?
4. Zudem fragt er nach dem Gegenstand der Beauftragung?

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Fragen sollten zusammen mit dem TOP 4 der Tagesordnung beantwortet werden.

2 Vorstellung Michael Strube FB4 - AL Bauordnung

Dipl.-Ing. Michael Strube stellt sich den Ausschussmitgliedern vor.

3 Stand Brüll-Houfer-Stiftung Vorlage: FB3/0015/2024

Kulturdezernent Annacker erläutert den Inhalt der Informationsvorlage sowie die darin vorgestellten Maßnahmen der Verwaltung und des Kuratoriums, um die Mühle langfristig zugänglich zu machen.

Er berichtet, dass das Kuratorium aus vier externen Personen und drei Mitarbeitenden der Stadtverwaltung bestehe. Die Herausforderung sei, wie man mit der Mühle und dem damit verbundenen Erbe weiter verfare. Ziel sei, die Mühle auf Dauer zugänglich zu machen. Das Architekturbüro Schmitz-Morkramer habe im Jahr 2023 auf Grundlage der Wünsche des Kuratoriums eine Planung für eine Veranstaltungsstätte erstellt, vergleichbar mit der Teloy-Mühle. Jedoch würden die geschätzten Kosten das Stiftungsvermögen aufzehren. Zudem müssten noch die jährlichen Aufwendungen berücksichtigt werden. Um das Projekt zu realisieren, habe Bürgermeister Bommers einen Investor angesprochen, der zugesagt habe, die Wünsche des Kuratoriums zu berücksichtigen.

Das Kuratorium habe zwei Gutachten erstellen lassen – ein rechtliches und ein wirtschaftliches. Laut Kulturdezernent Annacker sei eine dauerhafte Erfüllung des Stiftungszwecks nicht möglich, weshalb das Kuratorium einstimmig für das Investorenmodell votierte. Dies erfordere eine Satzungsänderung, um das Stiftungsvermögen über einen längeren Zeitraum aufzubreuchen. Der Investor garantiere eine Nutzung des Anwesens für mindestens 30 Jahre mit Verlängerungsoption.

Auf Nachfrage von Ratsherr Neuhausen erklärt Kulturdezernent Annacker, dass der Investor Eigentümer würde und im Rahmen vertraglicher Vorgaben selbstständig handeln könne.

Ratsfrau Danes erkundigt sich, ob eine öffentliche Ausschreibung zur Investorensuche stattgefunden habe und ob ein Verkauf mit dem Stiftungszweck vereinbar sei. Sie bezweifelt, dass eine 30-jährige Nutzung garantiert werden könne.

Kulturdezernent Annacker verweist auf das Wirtschaftlichkeitsgutachten und den Grundsatzbeschluss der Stadt Meerbusch, nicht mit eigenen Mitteln in die Stiftung einzusteigen. Zudem sei auch gar nicht sicher, ob das Vermögen die angedachten 30 Jahre ausreiche. Der Investor habe den Anspruch, das Müllerhaus zu einem Mietobjekt zu machen. Dies sei im Einklang mit der Bauaufsicht im Rhein-Kreis Neuss. Diese Aussage habe die Verwaltung bereits bekommen.

Auch müsse der Investor erst einmal 1,8 Millionen Euro aufbringen. Alles verlaufe im Einklang mit dem Kuratorium. Das Gutachten des Architekturbüros Schmitz-Morkramer sehe drei Varianten vor, bei denen auch an Catering-Situationen und Sanitäranlagen gedacht worden sei. Das Kuratorium sei in der Lage, von Anfang an Vorgaben zu machen. Über weitere Entwicklungen würde er informieren.

Bürgermeister Bommers informiert, er habe einen Investor angesprochen, der an anderen Stellen in der Stadt bewiesen habe, dass er mit Denkmälern gut umgehen könne. Zudem habe er dem Investor bereits die ersten Wünsche des Kuratoriums mitgeteilt. Dieser habe seine volle Unterstützung zugesagt.

Ratsherr Banse erkundigt sich, ob das Kuratorium schon an das Steuerliche mit dem Finanzamt gedacht habe und wie das Rechtliche bei einer Änderung des Stiftungscharakters aussehe.

Kulturdezernent Annacker antwortet, es müsse eine Änderung der Satzung vorgenommen werden, mit dem Ziel, den Stiftungszweck aufrechtzuerhalten.

Zudem berichtet Abteilungsleiter Krones, die Verwaltung habe bereits eine erste Anfrage an das Finanzamt gestellt, die klären soll, ob sich nach einer möglichen Satzungsänderung die steuerlichen Belange verändern.

Kulturdezernent Annacker ergänzt, man wolle erreichen, dass ein musealer Charakter hergestellt werde. Die Mühle solle allen zugänglich sein. Das würde ggf. dazu führen, dass das Finanzamt die Umsatzsteuerbefreiung erteile. Er biete an, dass die Kulturausschussmitglieder in dem Fall per Mail über den Stand informiert werden könnten. Da seien erste Schritte schon unternommen worden.

Ratsherr Jung beschwert sich, dass das letzte Gutachten am Tag der Sitzung ins Ratssystem eingestellt worden sei und dass die Kulturausschussmitglieder so keine Zeit gehabt hätten, sich einzulesen. Er erwarte von der Verwaltung, dass die Kulturausschussmitglieder mehr mitgenommen werden. Er habe Will Brüll persönlich gekannt und könne sich nicht vorstellen, dass das sein Wille gewesen wäre. Er vermisse beispielsweise einen Katalog der gesamten Kunstwerke. Er fordere eine Sondersitzung. Gleichzeitig solle die Stiftung nicht nur unter rein wirtschaftlichen Aspekten betrachtet werden.

Kulturdezernent Annacker weist daraufhin, dass vom Ausschuss heute nicht erwartet werde, eine Entscheidung zu fällen. Dass die Verwaltung die Gutachten spät eingestellt habe, sei richtig. Wie Kuratorium und Verwaltung vorgehen würden, sei hingegen genau im Interesse von Will Brüll. Die Aufgabe von Kuratorium und Verwaltung sei, Brülls Wunsch so lange wie möglich zu realisieren.

Ratsfrau Danes möchte drei Fragen beantwortet haben: Soll die Kunst, die nun ausgelagert wird, wieder in die Mühle zurückkommen? Ob der Grundsatzbeschluss der Stadt dem Kulturausschuss zur Verfügung gestellt werden kann? Wenn die Mühle verfalle, der Putz von der Decke komme, findet aktuell etwas in der Mühle statt?

Kulturdezernent Annacker antwortet, der Putz falle von der Decke. Die vor Ort eingesetzte Mitarbeiterin sei angewiesen, einen Bauhelm zu tragen. Eine grundlegende Sanierung mache am meisten Sinn. Er weist daraufhin, dass das Müllerhaus nicht erhalten werden könne. Die Kunstwerke sollen am Ende wieder zurückkommen. Geplant sei eine sich immer wieder verändernde Dauerausstellung sowie andere Veranstaltungen wie Lesungen und Ausstellungen. Er gibt allerdings zu bedenken, dass man aktuell von einigen Tausend Kunstwerken spreche. Ein Teil müsse auch verkauft werden. Im Kuratorium würden Fachleute sitzen. Es müsste festgestellt werden, was zum Lebenswerk gehöre.

Ratsherr Neuhausen stimmt dem Kulturdezernenten zu. Es müsse geschaut werden, was das Lebenswerk ausmache. Für ihn gehöre allerdings auch das Müllerhaus dazu. Es sei sogar interessanter als die Mühle. Daher könne er sich eine Rettung des Müllerhauses vorstellen. Er fragt, wie weit die Gespräche mit dem Investor schon sind und ob es einen Zeitplan gebe.

Bürgermeister Bommers antwortet, die Gespräche seien schon über den Anfangsstatus hinaus. Man habe auch einen zügigen Zeitplan. Er wolle Ratsherr Neuhausen aber widersprechen, was die Mühle angehe. Diese sei eine Landmarke von Westen her und das Erste, was Ankommende sehen. Der Investor plane auch, den Neubau auf dem alten Grundriss mit einem Werkstattanbau auszustatten.

Ratsherr Schmoll lobt die Informationsvorlage der Verwaltung. Sie sei gründlich erstellt. Die Liegenschaft sei ein Fass ohne Boden. Wenn 2021 und 2023 bereits Kosten zwischen 1,1 und 1,8 Millionen Euro geschätzt worden seien, dann wären es heute und in Zukunft noch viel mehr. Seine Fraktion würde die Gespräche mit dem Investor begrüßen. Er schlage zudem einen Grundstücksteilverkauf vor, um Mittel zur Verfügung stellen zu können, mit der die Ausstellung erhalten werden könne. Das Gutachten würde einen Verkauf zulassen. Des Weiteren schlägt er eine Fotodokumentation von allem für die Nachfahren vor.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel weist darauf hin, dass das Müllerhaus nicht unter Denkmalschutz stehe. Der Neubau werde den Fußabdruck, die Formsprache erhalten. Zudem müsse der Investor schauen, dass sich seine Investitionen kompensieren. Er müsse Kopplungseffekte nutzen.

Kulturdezernent Annacker teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass sie keine Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Entscheidungsprozessen des Kuratoriums hätten. Die Haushaltspositionen zur Brüll-Houfer-Stiftung seien deswegen nur nachrichtlicher Natur. Der Ausschuss stimme nicht über sie ab. Die Verwaltung und das Kuratorium würden den Ausschuss aber über das Grundstückswertgutachten informieren. Der Ausschuss brauche bei den Haushaltsberatungen kein Geld und auch kein städtisches Geld einstellen. Das Vermögen von Brüll liege auf der Bank.

Der sachkundige Bürger Stirken bringt ein, dass er den Vorschlag einer Sondersitzung unterstütze. Die Idee, einen Investor zu beteiligen, wolle er zwar nicht verwerfen, allerdings müsse geschaut werden, ob dies der einzige Weg sei. Er weist darauf hin, dass die Stadt die Mühle 2004 geerbt habe und sie nun 20 Jahre in der Denkmalliste stehe. Die Stadt wäre daher 20 Jahre verpflichtet gewesen, die Mühle zu erhalten, aber anstelle der Pflege habe man sie verkommen lassen. Nun würde man über zwei Millionen Euro Sanierungskosten sprechen und sie lieber verkaufen. Ihm gehe alles viel zu schnell. Es gebe noch viel zu beraten.

Ratsherr Jung schlägt vor, es solle eine Lösung gesucht werden, die alle mittragen könnten. Er bittet Bürgermeister Bommers darum, dies mit in das Kuratorium zu nehmen. Auch bittet er darum, dass alles wissenschaftlich begleitet wird.

Ratsherr Jung mahnt zudem an, dass eine fundierte Lösung gefunden werden müsse, die alle mittragen könnten. Mit 100.000 Exponaten weltweit könnte es eine Aufgabe sein, die alleine für das Kuratorium zu groß sei. Ratsherrn Schmoll wolle er nicht zustimmen.

Kulturdezernent Annacker wendet ein, dass die Entscheidung, was mit dem Vermögen geschehe, nur dem Kuratorium vorbehalten sei. Auch eine wissenschaftliche Begleitung müsste aus dem Vermögen finanziert werden. Das Kuratorium sei sehr hochwertig besetzt.

Ratsherr Neuhausen plädiert für eine Sondersitzung.

Ratsherr Trautheim bittet darum, den Grundsatzbeschluss der Niederschrift beizufügen.

Der sachkundige Bürger Stirken merkt an, dass der Vermögensauflistung in der Informationsvorlage der Wert der Brüllschen Sammlung fehle. Er bittet darum, dass die Sammlung monetär erfasst wird. Er weist daraufhin, dass Frau Dr. Klütsch als Kunsthistorikerin bereits Dokumentationen erstellt habe.

4 Ständiger Tagesordnungspunkt Haus Meer

Dipl.-Ing. Beschle trägt vor, dass der Rechtsbeistand des Eigentümers mitgeteilt habe, dass das Gelände „auf Veranlassung und Kosten des Eigentümers gemäht wurde, obwohl er hierzu nicht verpflichtet war“.

Zudem gebe es gute Nachrichten: Der Förderverein habe den Vertragsentwurf mit anwaltlicher Begleitung fertig gestellt und möchte diesen in den nächsten 14 Tagen dem Rechtsbeistand des Eigentümers übersenden.

Zu den Fragen des Einwohners trägt Dipl.- Ing Beschle vor, dass es bisher nur die Stellungnahme zum Ortstermin am 14. Mai 2024 gebe und keine weiteren Gutachten, da eine erneute Betretung des Geländes nicht möglich gewesen wäre. *(Ergänzung zur Niederschrift d. Dipl.-Ing. Beschle: Die weiteren Schritte müssten mit einem Büro geplant werden, die Sachverständigen- und Beratungsleistungen anbieten. Zur Beauftragung müsse eine öffentliche Vergabe durchgeführt werden. Dazu sei es unbedingt erforderlich, dass das Gelände betreten werden darf.)*

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel ergänzt, dass die Maßnahmen zumutbar sein müssen und im Konsens mit dem Eigentümer getroffen werden sollten, der durchaus bereit wäre, Geld in die Hand zu nehmen.

Die Schutzmaßnahmen an der Remise seien besser als vor einem Jahr. Im Gegensatz zu den vorhandenen Baudenkmalern, wie z.B. die Remise etc., verändere sich der Park durch biologische Vorgänge ständig. Der Förderverein Haus Meer e.V. habe das Gelände bisher in Stand gehalten. Zwischen den Beteiligten würde eine gütliche Einigung angestrebt.

Die bisherigen Regelungen bezüglich der Parkpflege seien unzureichend. Leider seien die Fronten verhärtet. Sollten zu große Sicherungsmaßnahmen gefordert werden, könne es sein, dass nicht der Eigentümer, sondern die Stadt Meerbusch für die Kosten aufkommen müsse.

Der sachkundige Bürger Stirken erkundigt sich, wie Handwerker auf das Gelände gelangen können und was die beabsichtigten Ersatzmaßnahmen sein werden.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel gibt an, dass alleine schon die Ersatzmaßnahmen ein Streitfall seien.

Ratsherr Banse will wissen, ob die 10.000 Euro eingestellten Mittel vom Förderverein abgerufen werden können.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, städtische Mittel können nur abgerufen werden, wenn eine Leistung erbracht wurde.

Ratsherr Banse fragt weiter, ob die nicht abgerufenen Mittel in Höhe von 10.000 Euro dann im kommenden Haushalt zusätzlich zur Verfügung stehen.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt weiter, dass eine Übertragung nicht vorgesehen sei.

Ratsfrau Danes bittet darum, dass die Fragen des Einwohners ausführlicher beantwortet werden. Dipl.- Ing. Beschle sagt dies zu (s.o.).

5 Verschiedenes aus der Denkmalpflege - ständiger TOP -

Dipl.-Ing. Beschle berichtet, dass die drei restaurierten Grabsteine inzwischen aufgestellt seien: Am Lanker Friedhof im Eingangsbereich Rheinstraße, der neugestaltet wurde, auf dem Osterather Friedhof gegenüber der Kapelle, sowie der Grabstein Kürfgen auf dem „Alten Friedhof Osterath“ an der Krefelder Straße/ Ecke Hoterheideweg.

Im Rahmen der Bauarbeiten an der Krefelder Straße/ Ecke Hoterheideweg sei bei der Umverlegung von Leitungen durch die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG eine archäologische Baubegleitung notwendig geworden. Die Arbeiten seien in der Zwischenzeit abgeschlossen. Es seien keine Grabgruben gefunden worden, aber einige unzusammenhängende Gebeine in einer Tiefe von ca. 1,60 m, die in der Zwischenzeit der Friedhofsverwaltung zur Wiederbestattung übergeben wurden. Außerdem seien Fundamentreste der ehemaligen Friedhofsmauer angetroffen worden, aus denen die Abgrenzungen des Friedhofsgeländes erschließbar werden.

Zudem teilt Dipl.-Ing. Beschle mit, dass am 8. November 2024 ein Ortstermin an der Uerdinger Straße 103 mit der Vertreterin des Eigentümers und dem LVR- Amt für Denkmalpflege im Rheinland stattgefunden habe. Bei diesem Ortstermin sei die zu Lagerzwecken genutzte ehemalige Scheune und die ehemalige Zimmerei innen und außen besichtigt worden. Das konstruktive Gefüge beider baulichen Anlagen sei über die Jahrzehnte auch im Inneren immer wieder verändert, repariert und ergänzt worden, sodass den Bauten kein historischer Zeugniswert, (etwa für die Haus- und Gefügekunde) beizumessen wäre.

Eine städtebauliche Wirkung entfalte das historische Ensemble aufgrund seiner Lage im Hof ebenfalls nicht. Auch die maschinelle Ausstattung sei nicht mehr erhalten, sodass heute nicht mehr nachvollzogen werden könne, dass hier einst eine seit Jahrhunderten betriebene Zimmerei ansässig gewesen sei.

Eine siedlungsgeschichtliche Bedeutung sei dem baulichen Rest des ehem. Möschengutes ebenfalls nicht beizumessen, sodass die Gebäude nicht die gesetzlichen Voraussetzungen für ein Baudenkmal im Sinne des § 2 DSchG NRW erfüllen.

Ratsherr Fischer teilt mit, dass es aus seiner Sicht Probleme bei der Aufstellung des Grabsteins Kürfgen geben habe und bittet zukünftig um eine bessere Absprache zwischen den Beteiligten (Steinmetz, Stadtwerke, usw.).

Ratsherr Schwenger bringt ein, er habe 2021 den Antrag auf Restaurierung des Grabsteins gestellt und dabei auch auf das kleine Kreuz hingewiesen, das sich auf dem Grabstein befand. Nun sei aber kein Kreuz vorhanden. Er bittet darum, dieses neu zu fertigen.

Dipl.-Ing. Beschle verspricht, dies zu prüfen. Als die Einzelteile des Grabsteins aus der Garage am Osterather Friedhof geholt worden seien, sei kein Kreuz vorhanden gewesen. Sie gibt an zu prüfen, ob es nachgebaut werden könne.

Ratsherr Schwenger bringt seinen Unmut zum Ausdruck.

Der sachkundige Bürger Stirken drückt sein Unverständnis gegenüber dem Vorgehen mit dem Hamacher Hof aus. Schließlich wäre es der letzte Vierkanthof in der Ortslage Lank und jetzt stütze man sich auf marode Wände.

Dipl.-Ing. Beschle teilt mit, dass dies bereits abschließend geklärt worden sei.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, zum vierten Mal in Folge würde nun nachgefragt werden. Der Sachverhalt sei schon mehrfach ausführlich erläutert worden. Alles sei in zeitlicher Abfolge korrekt abgelaufen. Es habe eine Abwägung gegeben, welche Gebäudeteile als denkmalwert eingestuft werden können. Dabei habe sich herausgestellt, dass dem Wohnhaus ein höherer Wert beigemessen werden könne als den Wirtschaftsgebäuden. Daraufhin habe man das Wohnhaus vorläufig unter Schutz gestellt. Der Investor habe bis zuletzt mit dem Bestand geplant. Die Gutachten zu den Holz- und Mauerbauteilen des Haupthauses seien eindeutig gewesen und hätten gezeigt, dass das Gebäude aus bautechnischen Gründen nicht erhaltungsfähig sei. Es müsste so viel tragende Substanz ausgetauscht und erneuert werden, dass kaum bauzeitliche Substanz erhalten bleiben könnte. Die Entscheidung, das Wohnhaus nicht in die Denkmalliste einzutragen, sei in Absprache mit der Oberen Denkmalbehörde getroffen worden.

Der sachkundige Bürger Stirken gibt ab, beim Alten Gasthaus Peter sei es ähnlich gewesen und dort habe es geklappt. Es wäre fast eingestürzt und dann wiederaufgebaut worden.

Dipl.-Ing. Beschle erklärt, beim Alten Gasthaus Peter sei damals der Giebel zur Straße stehen geblieben und Teile der Traufseiten. Heute würde man allerdings keine Gebäude mehr in die Denkmalliste aufnehmen, bei denen nur die Fassade schützenswert sei.

Ratsherr Jürgens bringt ein, dass der Kernpunkt der Hofanlage das Wohnhaus gewesen sei. Es habe einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan gegeben. Nun habe der Investor nach seiner Einschätzung einen enormen Vorteil. Er möchte wissen, ob die Verwaltung mit dem Investor gesprochen habe, das Wohnhaus auch ohne Denkmalschutz zu erhalten.

Bauassessor Schneiders gibt zu bedenken, dass aus Sicht des Investors das Vorhaben auch im Rahmen einer Befreiung hätte genehmigt werden können. Die Politik habe hier jedoch den Bedarf für die Aufstellung eines Bebauungsplanes gesehen. Dem komme der Investor nun nach, man dürfe daraus aber nicht ableiten, dass dieser das Bebauungsplanverfahren als großen Vorteil sehe. Ein Großteil der geplanten Maßnahme könnte bereits mit dem vorhandenen Planungsrecht umgesetzt werden. Des Weiteren zeige die gesamte bisherige Herangehensweise des Investors sein ernsthaftes Bemühen, eine zum Umfeld passende bauliche Entwicklung vorsehen zu wollen. Insofern könne man es durchaus positiv sehen, dass der Investor einen langen Atem zeige und so weiter die Chance auf eine positive städtebauliche Entwicklung in Ortskernnähe mit Bezugnahme auf die historischen Gegebenheiten bestehe.

6 Förderung kleinerer privater Denkmalpflegemaßnahmen im Haushaltsjahr 2024
Vorlage: FB4/0056/2024

Beschlussvorschlag:

Der Kulturausschuss beschließt, die nachfolgend beschriebenen Zuschüsse zu den durch Denkmalschutz entstandenen Mehrkosten bei Baumaßnahmen an folgenden denkmalgeschützten Objekten zu bewilligen:

1. Baudenkmal Haus Gripswald, Ossum 14, in Meerbusch Ossum- Bösinghoven
2. Baudenkmal Wohnhaus Krefelder Straße 17, in Meerbusch Osterath

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Ratsherr Fischer erklärt sich für befangen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

7 Eintragung eines Baudenkmals - 'Edelstahl- Werk Gebr. Böhler Co. AG' in Meerbusch-Büderich, Ergänzung durch Denkmalbereichs- oder Erhaltungssatzung - mündlicher Sachstandsbericht

Bauassessor Schneiders stellt die Präsentation vor (*Anm. d. Schriftführers: Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt*).

Ratsherr Banse findet es interessant, dass das Mauerwerk rot umrandet sei und erkundigt sich, ob der neue Schulbereich zum Denkmalbereich gehöre. Zudem fragt er, wie hierzu die Absichten der BPD (*Bouwfonds Immobilienentwicklung*) passen, eine Zufahrt durch die Mauer auf das Areal Böhler realisieren zu wollen.

Bauassessor Schneiders erklärt, die Mauer gehöre zum Denkmal. Die Schule liege ebenso wie die Planungen der BPD und der Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 322 außerhalb.

Zudem erklärt Bauassessor Schneiders, dass die Planung einer Zufahrt für das Areal Böhler vom Eigentümer Jamestown initiiert würde und keine Zielsetzung der BPD darstelle. Hintergrund sei das von Jamestown geplante Parkhaus, das auch über diese Zufahrt erschlossen werden soll. Derzeit liefen die gutachterlichen Abstimmungen, damit die Parkhauserschließung verträglich zu den Zielsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 322 erfolgen würden.

Ratsherr Banse vermutet, dass dies Nachwirkungen für die Schule haben werde. Weiche dies von den ursprünglichen Plänen ab?

Bauassessor Schneiders erklärt, dass die Schule durch diese Überlegungen nicht tangiert werde.

Ratsherr Schmoll lobt das Unternehmen Jamestown, es sei dabei, etwas Großes zu erschaffen. Allerdings frage er sich, wie der Verkehr ablaufen soll, wenn es nur ein Tor gebe. Soll die Mauer geöffnet werden?

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, das Areal Böhler habe selbst die Problematik klar erkannt und ein Verkehrskonzept entwickelt. Ein zweites Tor bestehe bereits. Die Oststraße sei provisorisch angeschlossen worden.

Die Ausschussvorsitzende Dr. Schomberg bittet darum, Verkehrsthemen im Planungsausschuss zu besprechen.

8 Haushaltsberatung 2025

Beschluss:

Der Kulturausschuss empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Entwurf des Haushalts 2025 für alle in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse und der Veränderungsliste, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------------|-----------|------|--------------|
| CDU (7) | 7 | | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | 3 | | |
| GRÜN alternativ (1) | 1 | | |
| FDP (2) | 2 | | |
| SPD (2) | | | 2 |
| UWG/Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | 1 | | |
| Gesamt (17) | 15 | | 2 |

Der Beschluss wird somit mehrheitlich gefasst.

Die Ausschussvorsitzende Dr. Schomberg erläutert das Procedere. Sie werde jedes einzelne Produkt gesondert aufrufen und darüber abstimmen lassen. Im Anschluss erfolge eine Abstimmung über den Kulturbereich gesamt.

Produkt 040.261 Theater Am Wasserturm

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------------|-----------|------|--------------|
| CDU (7) | 7 | | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | 3 | | |
| GRÜN alternativ (1) | 1 | | |
| FDP (2) | 2 | | |
| SPD (2) | 2 | | |
| UWG/Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | 1 | | |
| Gesamt (17) | 17 | | |

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Produkt 040.263 Musikschule

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------------|-----------|----------|--------------|
| CDU (7) | 7 | | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | 3 | | |
| GRÜN alternativ (1) | 1 | | |
| FDP (2) | 2 | | |
| SPD (2) | | 2 | |
| UWG/Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | 1 | | |
| Gesamt (17) | 15 | 2 | |

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Produkt 040.271 Volkshochschule
 Produkt 040.272 Stadtbibliothek
 Produkt 040.281 Kulturveranstaltung und –förderung
 Produkt 100.521.020 Denkmalpflege

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|-----------------------------|-----------|------|--------------|
| CDU (7) | 7 | | |
| Bündnis 90 / Die Grünen (3) | 3 | | |
| GRÜN alternativ (1) | 1 | | |
| FDP (2) | 2 | | |
| SPD (2) | 2 | | |
| UWG/Freie Wähler (1) | 1 | | |
| Die Fraktion (1) | 1 | | |
| Gesamt (17) | 17 | | |

Die Beschlüsse erfolgen einstimmig.

Produkt 040.281 Kulturveranstaltung und –förderung

Seite 382 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 Erhöhung des Ansatzes von 47.900 € um 2.500 € auf 50.400 €
 Gedenkfeier zum 80. Jahrestag der Befreiung Meerbuschs vom Nationalsozialismus
 am 2. März 2025

Ratsherr Dammer erläutert den Antrag. Der 2. März solle einen Platz in der Gedenkkultur Meerbuschs erhalten, da sich im kommenden Jahr die Befreiung Meerbuschs von den Faschisten zum 80. Mal jähre. Daher beantrage seine Fraktion 2.500 Euro, um eine Gedenkfeier ausrichten zu können. Ratsherr Neuhausen unterstützt den Antrag und bittet die anderen Fraktionen, dem zu folgen.

Ratsherr Trautmann teilt mit, er finde die Idee grundsätzlich gut, die können aber auch aus dem laufenden Etat bezahlt werden.

Ratsherr Schmoll ist ähnlicher Auffassung und wundert sich, warum nicht der 50. und der 75. Jahrestag bereits gefeiert wurden.

Kulturdezernent Annacker merkt an, dass im laufenden Haushalt lediglich Mittel für die Reichspogromnacht eingestellt seien und bittet darum, die 2.500 Euro zu beschließen.

Ratsherr Trautmann ergänzt, er würde gerne noch ein Konzept für die Gedenkfeier haben, bevor man es beschließt.

Der Antrag wird mit acht Nein-Stimmen und neun Ja-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

Produkt 170.281.010 Brüll-Houfer-Stiftung

Seite 761ff. Antrag der Fraktion UWG
Erhöhung um 500.000 €
Teilverkauf einer Grundstücksfläche (Flur 15) ca. 1.500 Quadratmeter mit anschließender ensembletauglicher Wohnbebauung durch einen Investor.

Kulturdezernent Annacker weist darauf hin, dass der Ausschuss über Produkt 170.281.010 Brüll-Houfer-Stiftung nicht abstimmt. Das Produkt steht nur nachrichtlich im Haushalt. Er bittet Ratsherr Schmoll, den Antrag zurückzuziehen.

Ratsherr Schmoll zieht den Antrag zurück.

8.1 Konsolidierungsliste

8.2 Anträge der Fraktionen

9 Anfragen

9.1 Anfrage Grün-alternativ Gebührenermäßigung und Kennzahlen Musikschule Vorlage: FB3/0235/2024

Der sachkundige Bürger Stirken erklärt, es würde seiner Fraktion reichen, wenn die Antworten auf die Anfrage schriftlich der Niederschrift beigelegt werden..

9.2 Anfrage Grün-alternativ Brüll-Mühle Vorlage: FB3/0237/2024

Der sachkundige Bürger Stirken bittet darum, dass die städtischen Kuratoriumsmitglieder keine Entscheidung treffen, bevor die Sondersitzung des Kulturausschusses stattgefunden hat. Er Sorge sich vor der Schnelligkeit des Prozesses.

Kulturdezernent Annacker beruhigt. Ohne eine Satzungsänderung, die neben einem entsprechenden Kuratoriumsbeschluss auch vom Rat genehmigt werden müsse, könne gar kein Verkauf stattfinden. Er sagt zu, dass die Antworten auf die Anfrage bezüglich der Musikschule schriftlich der Niederschrift beigelegt werden.

10 Anträge

10.1 Antrag Grün-alternativ Brüll-Mühle - Mögliche Planungen und Beratung zum Sachstand Vorlage: FB3/0556/2024

Der sachkundige Bürger Stirken zieht den Antrag zurück und kündigt an, ihn bei der Sondersitzung erneut einzubringen.

11 Bericht der Verwaltung

Erster und Technischer Beigeordneter ApseI nutzt den Tagesordnungspunkt für eine Klarstellung. In der Vergangenheit sei nun öfters der Vorwurf zu Tage getragen worden, die Verwaltung vermittele den Eindruck, als ob sie Investoren bevorzuge oder fördere. Dem wolle er sich energisch entgegenstellen. Weder der Bürgermeister, noch der Verwaltungsvorstand der Stadt Meerbusch noch er als Erster und Technischer Beigeordneter hätten in den Verfahren zum Denkmalschutz Anteil genommen. Auch dass die Verfahren intransparent seien, wolle er so nicht stehen lassen. In der heutigen Sitzung könne beispielsweise klar gezeigt werden, dass man direkt an den Entstehungspunkten der Verfahren den Kulturausschuss mitnehme. Dipl.-Ing. Beschle habe in der heutigen Sitzung von der Zimmerei an der Uerdinger Straße berichtet. Das Projekt an der Uerdinger Straße sei sehr relevant für die die Entwicklung der Ortslage. Die Offenlage sei bereits abgeschlossen, es habe daher ein Termin mit der unteren Denkmalbehörde stattgefunden. Er habe dies nun vorgetragen, um Misstrauensbildung entgegenzutreten.

Ratsherr Neuhausen begrüßt die Stellungnahme, es sei eine sehr klare Darstellung gewesen. Je mehr Informationen der Kulturausschuss habe, umso vertrauensvoller könne die Zusammenarbeit mit der Verwaltung sein. Dies sei genau der Wunsch des Ausschusses.

Ratsherr Schmoll lobt den Ersten und Technischen Beigeordneten. Er liege genau richtig.

12 Termin der nächsten Sitzung: 5. März 2025

13 Verschiedenes

Meerbusch, den 7. Januar 2025

Dr. Karen Schomberg
Ausschussvorsitzende

Alexander Ruth
Schriftführer/in